Stand: 19.11.2026 06:56:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29509

"Demokratische Debatte stärken - Klare Kante gegen Rechts zeigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29509 vom 21.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29581 vom 22.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.06.2023 **Drucksache** 18/**29509**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Demokratische Debatte stärken – Klare Kante gegen Rechts zeigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Rechtsextremismus weiterhin die größte extremistische Bedrohung ist und es besondere Sorge macht, dass Angriffe auf Geflüchtete wieder stark zugenommen haben. Es ist abscheulich, Menschen anzugreifen, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror suchen.

Der Landtag appelliert an alle Demokratinnen und Demokraten, gegen rechtsextreme Tendenzen, die Verbreitung von Fake News und Hetze zusammenzustehen, sich klar abzugrenzen und Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit klar zu widersprechen. Ansichten gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie dürfen nicht salonfähig gemacht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken, stets klar Position gegen rechtspopulistische Falschbehauptungen zu beziehen und grundsätzlich im politischen Diskurs eine angemessene Tonlage anzuschlagen.

Begründung:

Am 20.6.2023 hat die Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt.

Die Erkenntnisse sind besorgniserregend:

Für das Jahr 2022 wurden insgesamt 35 452 Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2021: 33 476) – ein trauriger Höchststand. Davon waren 2 847 (2021: 2 994) Gewalttaten. Im Rechtsextremismus ist das Personenpotenzial weiter angewachsen und liegt bei 38 800 (2021: 33 900). Auch der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist abermals auf nunmehr 14 000 (2021: 13 500) gestiegen. Wurden Anfang 2022 noch die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von Rechtsextremisten instrumentalisiert, waren im Herbst und Winter die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine, wie hohe Inflation und eine drohende Energiekrise, Themenschwerpunkte ihrer Agitation. Nachdem dies in der breiten Bevölkerung nicht verfing, wurde das Thema Migration wieder verstärkt von Rechtsextremisten aufgegriffen.

Ein weiterer Aspekt stellt das sogenannte Hate Speech dar. Ein Großteil des Hasses im Netz ist auf Motive gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zurückzuführen. Dieser liefert die Begleitmusik, aber auch die Rechtfertigung und Motivation rechtsextremer (Gewalt)taten. Die Aktionstage gegen Hate Speech der Justiz scheinen hierbei wenig Wirkung zu entfalten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt, dass 10 200 Mitglieder der AfD und ihrer Parteijugend „Junge Alternative“ rechtsextremen Strömungen zuzurechnen sind. Insgesamt sieht der Verfassungsschutz in der AfD „hinreichend große Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche Grundordnung richten“.

Der Presse war zu nentnehmen, dass am 15.06.2023 auf Einladung von AfD-Politikern Rechtsextremisten im Landtag gefeiert haben sollen, die dabei sogar einen Journalisten bedrängten. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Reihe von Ereignissen und der allgemeinen Veränderungen durch die AfD im Landtag. Dies reicht von unseres Erachtens diskriminierenden Anfragen über gegen Minderheiten gerichtete Redebeiträge in Landtagsdebatten bis hin zu einer Verächtlichmachung des Parlamentarismus, beispielsweise durch den Vorschlag eines Rechtsextremen als Sachverständigen. Angesichts der hohen Umfragewerte der AfD, die jetzt sogar einen Kanzlerkandidaten aufstellen will, beobachtet der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang den Zuspruch für die Partei mit Sorge und hält es für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich dem entgegenzustellen.

All dies zeigt: die Bedrohung unserer Gesellschaft durch Rechtsextremismus nimmt zu. Demokratinnen und Demokraten müssen sich ihr entgegenstellen. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Bedrohung ernst zu nehmen ist.

Vor diesem Hintergrund sind die Auftritte von Mitgliedern der Staatsregierung bei einer Demonstration in Erding brandgefährlich. Ministerpräsident Dr. Markus Söder sprach wider besseres Wissen von einer „zwanghaften Veganisierung Deutschlands“ und Staatsminister Hubert Aiwanger redete davon, dass man sich die Demokratie „zurückholen“ müsse. Ebenso sind die unseres Erachtens ausländerfeindliche Aussagen von Claudia Pechstein beim CDU-Grundsatzkonvent, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Yvonne Magwas (CDU) als „pauschal und populistisch“ verurteilte, unseres Erachtens falsch. Statt Anbiederung an Rechtspopulisten oder Nationalradikale braucht es eine klare Abgrenzung, ein Benennen von verbreiteten Fake News als Lügen und eine angemessene Tonlage.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, hat dies erkannt:

„Kurs der Mitte, sprachlich sauber bleiben, keine Debatten über das Gendern und andere Nebensächlichkeiten führen – den Leuten halt keinen Scheiß erzählen.“

Wenig hilfreich ist es dagegen, wenn bayerische Politikerinnen und Politiker sich den Rechts-außen-Politiker Ron DeSantis (Gouvernour von Florida) zum Vorbild nehmen. Damit werden radikale Positionen nur weiter salonfähig gemacht. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht von Normalisierungsverschiebungen im öffentlichen Sprachgebrauch, die Grenze des Sagbaren werde verschoben.

Es ist Aufgabe der Politik, die Schwächeren zu schützen. Demokratinnen und Demokraten müssen gemeinsam die liberale Gesellschaft verteidigen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2023 **Drucksache** 18/**29581**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**29509**

Demokratische Debatte stärken – Klare Kante gegen Rechts zeigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Florian Ritter
Abg. Uli Henkel
Abg. Andreas Winhart
Abg. Toni Schuberl
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Cemal Bozoğlu
Abg. Holger Dremel
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Christian Klingen
Staatssekretär Sandro Kirchner

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher u. a. und Fraktion (SPD)
Demokratische Debatte stärken - Klare Kante gegen Rechts zeigen
(Drs. 18/29509)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Demokratische Debatte stärken - Klare Kante gegen jeglichen Extremismus zeigen (Drs. 18/29572)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vereint im Kampf gegen Hass - 2024 zum Europäischen Jahr gegen Hass erklären! (Drs. 18/29573)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Demokratische Debatte stärken - Klare Kante gegen Rechts und Links zeigen
(Drs. 18/29574)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Florian Ritter, SPD-Fraktion, das Wort. Bitte, Herr Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Freiheit, der Frieden und der Wohlstand in Europa sind das Ergebnis der Niederschlagung des Faschismus und eines europäischen Grundkonsenses der Demokratinnen

und Demokraten, der aber seit den letzten Jahren zunehmend infrage gestellt wird. Die Situation ist tatsächlich alarmierend: der Wahlsieg einer postfaschistischen Partei in Italien, die regelmäßigen Erfolge Le Pens in Frankreich, die politische Entwicklung in Polen und Ungarn oder auch – über dem Atlantik – die innere Entwicklung der Republikaner und Trumps als Präsident.

Diese Entwicklungen einzudämmen, Kolleginnen und Kollegen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten. Dazu gehört es auch, die Schlüsse und Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Was in der Weimarer Republik nicht gelungen ist – die Gefahr richtig einzuschätzen und ein klares gemeinsames Handeln gegen die rechtsextreme Bedrohung gemeinsam zu organisieren –, wird immer mehr zu unserer Herausforderung. Wir müssen diesen demokratischen Grundkonsens erneuern, einen demokratischen Grundkonsens, der die Demokratie und den Parlamentarismus stark macht und die Gefahr eindämmt, auch im politischen Streit zwischen den Demokraten.

Die Regel dabei, Kolleginnen und Kollegen, lautet – Sie haben das in den vergangenen Tagen nicht von mir, sondern vom Bayerischen Ministerpräsidenten gehört –: Wer kopiert, der verliert. Man muss hinzufügen: Wer normalisiert, verliert ebenso.

(Beifall bei der SPD)

Rechtsextreme Erzählungen aufzugreifen und als Mitglied einer demokratischen Partei weiterzuverbreiten, stärkt nicht die Demokratie, sondern die rechtsextreme Erzählung. Demokratische Prozesse zu delegitimieren, stärkt nicht die Demokratie, sondern die Demokratieverdrossenheit. Stil und Auftreten von Rechtspopulisten und Rechtsextremen zu kopieren, stärkt nicht die demokratische Debatte, sondern beschleunigt das Auseinanderfallen der Demokratie.

Wer kopiert, verliert. Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass dieser Spruch nicht nur eine kurzfristige taktische Erkenntnis ist, sondern dass sich in der politischen Debatte gerade in Bayern in der nächsten Zeit etwas ändert; denn dieser Satz ist kein Glaubenssatz, sondern entspringt historischer und politischer Erfahrung.

Eine der erfolgreichsten europäischen Rechtsextremistinnen, Marine Le Pen, hat in ihrer Strategie gezielt auf die Radikalisierung der Debatte auch in der Mitte der Gesellschaft gesetzt – mit Erfolg. Das Ergebnis ist die permanente Bedrohung der französischen Demokratie von Präsidentschaftswahl zu Präsidentschaftswahl.

Boris Johnson hat mit der Übernahme der Brexit-Kampagne der rechtsextremen UKIP kurzfristige Wahlergebnisse versprochen. Das Ergebnis ist ein wirtschaftliches, soziales und politisches Fiasko für die britische Bevölkerung.

Teile der US-Republikaner haben auf der Suche nach neuen Wählergruppen versucht, die Tea-Party-Bewegung zu schlucken. Das Ergebnis lautet: Trump als Präsident, Versuch des Staatsstreichs am 6. Januar 2021. Die Erben der Tea-Party-Bewegung und rechtsextreme Gruppen sind nun dabei, die Republikaner zu schlucken.

Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen Kurt Biedenkopf hat während seiner gesamten Amtszeit das bestritten, was offensichtlich war: dass eine gefährliche rechtsextreme Szene entstanden ist, die weit über kleine isolierte Gruppen hinaus wirkt. Auch wer sich der Realität verweigert, Bedrohungen relativiert und negiert, der verliert. Das Ergebnis lautet: die höchsten Wahlerfolge für rechtsextremistische Parteien, ein Ministerpräsident in Sachsen, der sich von rechtsextremen Themensetzungen treiben lässt, großer Zulauf für Reichsbürger, Querdenker und Co. und die Bildung von rechtsterroristischen Strukturen.

All diese Entwicklungen zeigen: Da gilt – da berufe ich mich wieder auf einen Konservativen –, was Horst Seehofer als Bundesinnenminister formuliert hat, und bei aller Kritik an seiner Amtsführung hat er damit recht: Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unser Land. – Ich füge hinzu: und für Europa.

Ich hoffe, dass diese Sprüche nicht nur Lippenbekenntnisse sind, und dafür müssen wir auch gemeinsam sorgen. Kolleginnen und Kollegen, um aus der Geschichte zu lernen, muss man nicht in die Weimarer Republik blicken. Der Blick auf die letzten 20 Jahre reicht völlig, um daraus zu lernen: Wer kopiert, der verliert. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Henkel. – Bitte schön.

Uli Henkel (AfD): Herr Ritter von der SPD, Sie bedienen gerade das Narrativ, dass die größte Gefahr für Deutschland und Europa von rechts kommt. Herr Haldenwang, der Verfassungsschutzpräsident von Angela Merkels Gnaden, hat sich doch tatsächlich vorgestern im ZDF dazu hinreißen lassen zu sagen – ich zitiere wörtlich –:

> Nicht alleine der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken. Dazu haben wir keinerlei Möglichkeiten. Aber wir können die Bevölkerung wachrütteln. Wir können Politiker wachrütteln. Und ja, der Kampf für unsere Demokratie muss in der Gesamtgesellschaft geführt werden.

– Herr Ritter, ich stelle dazu heute fest: Mit noch größerer Klarheit konnte der Verfassungsschutzpräsident kaum bestätigen, was viele Kritiker ihm vorwerfen: sein Amt im Interesse der etablierten Parteien zu missbrauchen, um vor allem der AfD zu schaden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Im Interesse der Verfassung! Zum Schutz vor Rechtsextremisten!)

Deshalb frage ich Sie: Was sagen Sie zu diesen sehr ehrlichen, aber auch skandalösen Äußerungen des Nachfolgers von Herrn Maaßen?

(Ruth Müller (SPD): Er hat recht!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege, das ist eigentlich ganz einfach. Vor einigen Tagen haben Mitglieder Ihrer Fraktion Rechtsextremisten in den Bayerischen Landtag eingeladen, die im Bayerischen Landtag rechtsextreme Symbole gezeigt haben. Ich bin ausgesprochen froh, dass sich alle demokratischen Fraktionen hier im Haus äußerst empört über diesen Vorgang gezeigt haben. Dieser Vorgang zeigt einmal mehr, wo Sie als AfD zu finden sind.

(Arif Taşdelen (SPD): Richtig!)

Wenn Sie persönlich darunter leiden, dass wir das immer wieder benennen, dann kann ich Ihnen schlicht und ergreifend sagen: Es ist nie zu spät auszusteigen. Wenden Sie sich an die Aussteigerberatung des bayerischen Verfassungsschutzes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Adresse und den Kontakt zu einer unabhängigen Aussteigerberatung haben wollen, dann bin ich gerne bereit, sie Ihnen zukommen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Andreas Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, ich muss gerade ein bisschen über den letzten Beitrag des Herrn Ritter lächeln; es ist unglaublich.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Wir haben heute ein ganzes Paket an Dringlichkeitsanträgen mit vielen Nachziehern zu dem, was die SPD hier abgeliefert hat. Ich möchte kurz mit dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER einsteigen, der durchaus unsere Zustimmung findet. Auch

wir werden regelmäßig Opfer des Kampfes gegen Rechts bzw. Opfer von Hassattacken.

(Lachen bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Ihr seid die Gegner!)

– Genau so ist es, Herr Taşdelen: Opfer von Hassattacken. Was ist beispielsweise passiert? – Ich habe in der aktuellen Legislaturperiode circa 25 Morddrohungen erhalten; das ist auch der Kampf gegen Rechts und die Schattenseite davon. Man wird mal als "Blinddarm" bezeichnet; das ist auch schon vorgekommen. Lieber Fabian Mehring, wir stimmen trotzdem zu. Wir hatten vier Farbattacken auf unser Büro; zahlreiche andere Kollegen hatten das auch. All das ist der Hass, der durch Anträge wie dem von der SPD hervorgerufen wird. Herr Ritter, manche draußen denken dann: Damit ist mein Handeln jetzt legitimiert. – Das sind die Geister, die Sie riefen und auch weiterhin laut rufen. Sie machen weiter.

Meine Damen und Herren, wir haben hier einen Antrag der SPD, der eigentlich mehr als skandalös ist. Er zeigt ganz klar, dass diese SPD in Bayern auf dem linken Auge blind ist. Man ist sich nicht dafür zu schade, sich auch in der Öffentlichkeit mit Linksextremisten zu zeigen; man versucht dann, den Finger zu erheben und auf die böse Rechte zu zeigen, während man sich selbst in die Nähe von Verfassungsfeinden bringt, meine Damen und Herren.

Wen gibt es da beispielsweise? – Weil Sie es angesprochen haben: Was ist denn jetzt passiert? – Zwei Kollegen haben ein paar Freunde von der Burschenschaft eingeladen und haben da gefeiert. Warum ist die Sache eskaliert? – Die Sache ist eskaliert, weil ein angeblicher Journalist Robert Andreasch, der bürgerlich Tobias Bezler heißt, dachte, einmal ein paar nette Fotos zu machen, meine Damen und Herren.

(Ruth Müller (SPD): Nette Fotos gibt es da nicht!)

Da frage ich mich schon: Was macht ein Herr Bezler um 22 Uhr als Fotojournalist unten in der Gaststätte? Wer hat ihn eigentlich über diese Veranstaltung informiert?

Warum kennt er eigentlich Herrn Körber so gut und hat ihn so herzlich und umfangreich begrüßt, als Herr Körber beim Untersuchungsausschuss NSU II war? – Sie können sich einmal selbst zusammenreimen, was es mit der Personalie Tobias Bezler alias Robert Andreasch auf sich hat.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist ein Journalist, der seine Arbeit macht! – Toni Schuberl (GRÜNE): Warum eskaliert es, wenn der Journalist ein paar Fotos macht?)

Ich weiß, das nervt Sie; das wollen Sie jetzt nicht hören. Aber Sie müssen da jetzt durch, meine Damen und Herren.

Was steht hier im Antrag? – Das ist ein absolut abstruses Zusammengewürfel irgendwelcher Zahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das ist nicht ansatzweise brauchbar. Es wird hier zu irgendetwas aufgerufen, dazu, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken. Womit denn? Mit Steinen, mit Eiern, oder sind es diesmal Waffen, oder was wollen Sie eigentlich? Es ist unglaublich, was Sie hier geliefert haben. Schämen Sie sich dafür, meine Damen und Herren! Schämen Sie sich!

(Beifall bei der AfD)

Was haben wir dagegengesetzt? – Wir haben gesagt, wir wollen Demokratie pur und wir wollen klare Kante gegen jegliche Art von Extremismus: ob das jetzt von links ist, ob das von rechts ist oder ob das von der islamistischen Seite kommt, meine Damen und Herren. Alles muss in den Fokus genommen werden, was unsere Demokratie gefährdet, meine Damen und Herren.

(Arif Taşdelen (SPD): Also die AfD!)

Dazu gehört auch ganz klar, dass man unsere Grundrechte wahrt, nicht so, wie es während Corona gelaufen ist.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich kann es nicht mehr hören!)

Dazu gehört auch, dass man nicht auf dem linken Auge blind ist, Frau Schmidt. Dazu gehört logischerweise auch, dass man keine andere Gesellschaftsordnung will, sondern auch weiterhin auf den freien Markt setzt, auch wenn es beispielsweise um Heizungen geht. Da findet man viele Beispiele, anhand derer man sieht, dass gelebte Demokratie möglich ist. Wir können auch hier im Hause noch einmal darüber diskutieren. Sie werden auch bei der nächsten Plenarsitzung wieder die Möglichkeit haben, einen Vizepräsidenten der AfD zu wählen oder jemanden ins Parlamentarische Kontrollgremium zu schicken. Dabei können wir auch wieder darüber diskutieren, meine Damen und Herren.

Uli Henkel hat schon die unselige Haltung des Herrn Haldenwang angesprochen, der offengelegt hat, dass der Verfassungsschutz als Regierungsschutz missbraucht wird: von Ihnen in Berlin und von Ihnen hier in München, meine Damen und Herren. Das ist mehr als skandalös.

(Beifall bei der AfD)

In aller Kürze noch zum Dringlichkeitsantrag der CSU: Das ist im Endeffekt der gleiche wie unserer. Man hat bloß den Islamismus vergessen; das kann einmal passieren. Wo ist denn Herr Seidenath? Er hat mich vorhin so nett wegen unseres Antrags kritisiert.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das war nicht nett!)

Da haben Sie ein bisschen zu wenig Mühe hineingesteckt, sage ich einmal, aber die Richtung stimmt. Wir stimmen trotzdem zu, liebe CSU.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch hier. – Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Toni Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Winhart, ich stelle fest, dass es für die AfD reicht, um zu eskalieren, wenn man von einem Fotografen in einem öffentlichen Raum fotografiert wird. Das zeigt deutlich, wie Sie zur Pressefreiheit stehen. Meine Frage an Sie ist: Hat denn das Einladen dieser Rechtsextremen durch die Abgeordneten Ihrer Fraktion Konsequenzen in Ihrer Fraktion, wird das geduldet oder sogar befürwortet?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das wird gefeiert!)

Andreas Winhart (AfD): – Frau Schmidt, jetzt rede ich. Sie haben jetzt Sendepause. – Herr Schuberl, was Sie feststellen, ist grundsätzlich erst einmal falsch, um es auf den Punkt zu bringen. Wir haben es hier nicht mit einem Journalisten zu tun,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Doch!)

sondern mit einem Herrn, der es als seine berufliche Aufgabe auserkoren hat, Menschen, die bei der AfD Mitglied sind, bei welcher Gelegenheit auch immer zu fotografieren und die Bilder ins Internet zu stellen, obwohl sie keine Personen der Öffentlichkeit sind. Als Abgeordneter muss ich akzeptieren, dass ich Person der Öffentlichkeit bin. Es gibt aber Privatpersonen, die das nicht akzeptieren müssen. Den journalistischen Gehalt dieses Herrn ziehen wir schon in Zweifel.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ihren politischen Gehalt hinterfragen wir auch immer!)

Deswegen werden wir auch beantragen, diesem Herrn in diesem Hause keinen Zugang mehr zu gewähren, weil er keine journalistische Tätigkeit ausübt.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten Sie auf die Frage!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Meldungen zur Zwischenbemerkung. – Ich rufe als nächsten Redner Herrn Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin noch etwas sprachlos, weil ich jetzt gerade mitbekommen habe, wie ein AfD-Vertreter hier vorne steht und den Sachverhalt anspricht, dass Rechtsextreme gemeinsam mit Mitgliedern der AfD-Fraktion auf Einladung der AfD hier im Landtag – –

(Ulrich Singer (AfD): Nicht auf Einladung der AfD! Verdrehen Sie nicht die Tatsachen!)

– Auf Einladung einzelner Mitglieder: Gefällt Ihnen das besser?Das macht es aber nicht besser. Sie haben hier mit Rechtsextremen gefeiert! Ja, verdammt noch mal!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Das macht mich wirklich wütend. Das ist nicht gespielt – ich bin ehrlich wütend. Sie feiern hier mit Rechtsextremen

(Andreas Winhart (AfD): Ich nicht!)

und werfen dann hier im Saal einem Fotojournalisten vor, dass er hier im Haus fotografiert. Ja wo sind wir denn? Natürlich darf er das! Natürlich darf er fotografieren, wen er will.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das ist ein offenes Haus, ein Hohes Haus, ein demokratisches Haus! Hier können Journalisten fotografieren und schreiben, was sie wollen, und das ist gut so.

Ich habe einen sehr guten Einstieg gefunden,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

weil ich mich ehrlich aufgeregt habe. Eigentlich wollte ich mit Debattenkultur, mit demokratischer Debattenkultur beginnen, die auch ertragen muss, dass es einmal ein wenig laut wird. Es darf laut werden, aber es muss fair bleiben. Das sage ich als jemand, der hier im Haus in den letzten fünf Jahren zwei Ausschüsse geleitet hat. Ich weiß, dass ich in solchen Ausschüssen Leidenschaft zulassen muss. Ich muss verschiedene Meinungen zulassen. Es darf auch gerne einmal etwas lauter, etwas deftiger werden, weil Demokratie genau diesen Austausch braucht, weil Demokratie dieses Ideen-Geben, auch das gegenseitige Befruchten braucht.

Aber: Ja, es ist wichtig, sich gegenüber Extremen abzugrenzen. Am Antrag der SPD – das muss ich sagen – stört mich tatsächlich ein wenig, dass es dort nur "gegen Rechts" heißt; denn Extremes gibt es auf beiden Seiten. Es wäre schön gewesen, beides zu berücksichtigen.

Ich finde, wenn wir uns in diesem Haus zusammenreißen, wenn wir uns in diesem Haus a) klar gegen das Extreme abgrenzen, aber b) auch weiterhin bereit sind, leidenschaftlich zu diskutieren, eine Streitkultur zu haben, dann ist das gut, weil das die Demokratie braucht.

Damit sind wir auch Vorbild für die Gesellschaft und können der Gesellschaft zeigen, dass wir unterschiedliche Meinungen zulassen müssen, dass wir auch den Diskurs zulassen müssen, dass wir es aber trotzdem schaffen können, uns gegenüber den Extremen und ihrem Sprachgebrauch, ihren Ritualen, was auch immer, abzugrenzen.

Weil uns das Ganze so wichtig ist, weil es auch mir wichtig ist, das Ganze zu unterstreichen, zu unterstützen und auch in die Breite zu tragen, haben wir uns als FREIE WÄHLER entschieden, einen Antrag zu stellen, der sich an den Vorschlag der österreichischen Staatssekretärin für Jugendangelegenheiten, Claudia Plakolm, anlehnt. Sie hat vorgeschlagen, das Jahr 2024 zum Europäischen Jahr gegen Hass zu

machen – gegen Hass, den wir hier im Haus spüren, gegen Hass, den wir in der Gesellschaft spüren, gegen Hass, den unsere Kinder spüren, wenn sie im Netz sind.

(Andreas Winhart (AfD): Sie verbreiten diesen Hass! Herr Kollege, Sie verbreiten hier diesen Hass!)

– Nein, ich verbreite Leidenschaft, Kollege; ich verbreite Leidenschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Weil ich glaube, dass wir als demokratische Parteien zusammenstehen sollten, uns genau diesem Hass, dieser Fratze entgegenstellen sollten, ist unser sachlicher Vorschlag, das Jahr 2024 zum Europäischen Jahr gegen Hass zu machen, aber Politik mit Leidenschaft zuzulassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Cemal Bozoğlu.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der SPD warnt mit aktuellen und alarmierenden Zahlen der Bundesebene. Richten wir den Blick auf Bayern, so erkennen wir die Bedrohungslage wächst leider weiter: Jährlich neue Rekordwerte im Bereich Antisemitismus; die Hasskriminalität hat sich auf hohem Niveau eingependelt; die Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger haben sich binnen drei Jahren verzehnfacht. Bayern ist der bundesweite Hotspot der Reichsbürgerszene.

Uns ist bewusst, dass weltweite Krisen wie die Corona-Pandemie, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Klimakrise und die weltweiten Fluchtbewegungen bei diesen Zahlen auch eine Rolle spielen. Gerade vor diesem Hintergrund muss uns aber klar sein, dass die Demokratie das beste Mittel zur Lösung dieser Probleme bietet.

In solchen Zeiten trennt sich aber auch die Spreu vom Weizen: Wem geht es wirklich um die Lösung der Probleme? Wer missbraucht diese Krisen, um die Gesellschaft zu spalten, Feindbilder zu schüren und die Demokratie zu beschädigen?

Wer eigene politische Versäumnisse mit rechtspopulistischen Sprüchen kaschiert, spielt mit dem Feuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Wir haben gerade in Deutschland hiermit schmerzvolle Erfahrungen gemacht. Wer Feindbilder schürt, der setzt Menschen einem Risiko aus. Selbst vor dem Hintergrund einer Wahlschlappe muss für Demokratinnen und Demokraten gelten: Mit dem Feuer spielt man nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für Wirtschaftsminister Aiwanger.

Auch vor der Wahl bleibt Folgendes wichtig: Machen Sie unsere Demokratie nicht madig. Das wird am Ende nicht Ihnen, sondern den Feinden unserer Demokratie nutzen. Schauen Sie sich genau an, vor wem Sie Ihre Reden halten und mit wem Sie einen Schulterschluss eingehen. Mit den Feinden unserer Demokratie paktiert man nicht. Bleiben Sie anständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zusammen mit den Abgeordneten Christian Zwanziger und Toni Schuberl habe ich kürzlich zwei Anfragen zum Thema Ehrduelle in teilweise rechtsextremen Burschenschaften in Bayern gestellt. Die Antworten der Staatsregierung sind nicht nur inhaltlich lückenhaft, sondern geradezu verharmlosend. Genau solche Versäumnisse wurden zuvor auch bei den Reichsbürgern und bei der Gefahr des Rechtsextremismus begangen. Der Umgang wird dem Gefahrenpotenzial keinesfalls gerecht. Einige Burschenschaften dienen dazu, Nachwuchs für rechtsext-

remistische Organisationen zu rekrutieren. Immer wieder kommt es auch zu sogenannten Ehrduellen. Diese Ehrduelle mit scharfen Waffen sind illegal und müssen von den Behörden konsequent unterbunden werden.

Was passiert, wenn man nicht aus Fehlern lernt? – Dann kommen sie nämlich in die Herzkammer unserer Demokratie hineinspaziert, bedrängen Journalisten, machen die rassistische White-Power-Geste. Wer hat denn das letzte Mal eine White-Power-Geste gemacht? – Das war der Attentäter von Christchurch, der 51 Menschen ermordet hat. Es ist eine Schande, dass solche Menschen in diesem Haus ihr Unwesen treiben können. Schämt euch!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das ist bereits zum zweiten Mal passiert. Ein drittes Mal darf es hier in diesem Haus nicht geben.

Halbherzige und zögerliche Lippenbekenntnisse des bayerischen Innenministers, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für die innere Sicherheit in unserem Lande ist, reichen nicht. Sie müssen jetzt entschieden handeln, Herr Innenminister. Das Bundesland, für das Sie die Verantwortung tragen, ist bundesweit Hotspot der Reichsbürger. Jeder vierte Demokratiefeind dieser Bewegung ist in Bayern zu Hause. Sie machen zu wenig. Da muss mehr kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern braucht eine Demokratieschutz-Strategie. Jetzt müssen alle Register gezogen werden. Daher werden wir den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Beim CSU-Antrag werden wir uns enthalten. Den Antrag der AfD werden wir ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner: Herr Holger Dremel, CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gehört zur demokratischen Debatte dazu, dass wir nach rechts schauen, aber meine Damen und Herren, zur demokratischen Debatte gehört auch dazu, dass wir nach links schauen, dass wir beide Augen offenhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das tun wir als Regierungsfraktion. Das tun wir mit einem starken Innenminister Joachim Herrmann, mit einem Staatssekretär Sandro Kirchner und natürlich auch mit allen Kräften der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass die Ränder auf beiden Seiten, egal ob links oder rechts, zunehmend ausgedünnt werden und generell Radikalisierung verhindert wird, die den Staat und seine Legitimität infrage stellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Staat hat dabei die besondere Aufgabe, ohne politische Vorfestlegung die Mittel der wehrhaften Demokratie durchzusetzen und alle extremen Richtungen zu bekämpfen. Wie sich aus dem jährlichen Verfassungsschutzbericht ergibt, sind die Bemühungen der Sicherheitsbehörden in Bayern bisher erfolgreich. Das zeigt auch die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts.

Lieber Herr Kollege Bozoğlu, ich muss Ihnen sagen, bei den Reichsbürgern haben wir die höchste Zahl an erkannten Reichsbürgern. Warum? – Die Reichsbürgeridentifizierung ist ein Kontrolldelikt. Je mehr man macht, je mehr man in die Szene geht, desto mehr Reichsbürger identifiziert man.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie können sich vorstellen, dass manche Reichsbürger in anderen Bundesländern in der Anonymität leben. Ich glaube aber, dass es besser ist, die Reichsbürger zu erkennen, zu benennen und gezielt zu bekämpfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Kollege, ich kann Ihre Aussage zur Sicherheitspolitik nicht zählen lassen. Bayern macht eine hervorragende Sicherheitspolitik. Zu dieser Meinung sind wir übereinstimmend im Innenausschuss gelangt. Wir sprechen hier die gleiche Sprache. Leider sind die Politiker des Innenausschusses noch nicht vollständig anwesend, auch wenn Arif von der antragstellenden Fraktion dazugekommen ist. Aber diese Kolleginnen und Kollegen können ebenso bestätigen, dass wir sowohl nach links als auch nach rechts schauen. Wir haben in dieser Woche im Innenausschuss ähnliche Anträge behandelt.

Lieber Kollege Gotthardt, es ist richtig, dass wir leidenschaftliche Debatten brauchen. Die heutige Debatte zeigt, dass es uns wichtig ist, gegen Extremismus, egal welcher Art – von links, von rechts oder von woanders her –, vorzugehen. Ich kann bei unserer Staatsregierung oder unseren Behörden keine fehlende Entschlossenheit erkennen. Deswegen besteht meiner Meinung nach kein Anlass dafür, einen Appell zu formulieren, mehr zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch uns ein Dorn im Auge, wenn sich Personen im Bayerischen Landtag aufhalten, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Lieber Herr Kollege Bozoğlu, Frau Landtagspräsidentin hat klar dazu Stellung bezogen. Das kann jede Partei im Hohen Haus unterschreiben. Die entsprechenden Überprüfungen sind eingeleitet worden. Aber wir sollten darauf achten, dass wir uns nicht um die Hausordnung des Bayerischen Landtags kümmern. Das ist die Sache des Präsidiums und der Landtagspräsidentin. Wir müssen gute Politik und gute Sicherheitspolitik für Bayern leisten. Im Rahmen dieser Sicherheitspolitik müssen wir

den Kampf gegen Extremismus, egal ob von links oder rechts, führen. Dazu sind wir imstande. Dazu sind wir in Bayern gut ausgerüstet.

Ganz zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass Bayern das sicherste Bundesland in ganz Deutschland ist. Das wird es auch weiterhin bleiben. Wir kämpfen gegen Extremismus, und wir sind auf keinem Auge blind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Henkel. Bitte schön.

Uli Henkel (AfD): Herr Dremel von der CSU, seit Jahren stehe ich mit dem Staatsminister Herrmann im Schriftwechsel bezüglich des sehr umfangreichen Materials, das die Staatsregierung gegen Rechtsextremismus auf Kosten des Steuerzahlers herausgibt. Das ist gut so. Ich habe ihn dafür stets gelobt. Ich habe ihn sogar ermutigt und ihn immer darum gebeten, gleiches Material gegen den Linksextremismus zu veröffentlichen und natürlich gegen jede Form des radikalen Islamismus. Ich habe seither jedes Jahr ein dickes Heftchen gegen den Rechtsextremismus, gelegentlich drei oder vier Seiten gegen den Islamismus und gerade einmal einen Flyer gegen den Linksextremismus erhalten. Halten Sie diese unterschiedliche Behandlung doch wohl jedes abzulehnenden Extremismus in unserem Land durch die Staatsregierung nicht auch für unangebracht und die Handhabung in jedem Falle – da bitte ich Sie natürlich um Intervention und Weitergabe meiner Bitte – für verbesserungswürdig? – Wenn ich ein dickes Buch mit 20 oder 25 Seiten über den Rechtsextremismus bekomme, 4 Seiten über den radikalen Islamismus und 2 Seiten über den Linksextremismus, dann ist das sehr unausgewogen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Henkel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, es wird sicherlich einen Grund haben, warum das eine Buch etwas dicker ist und das andere Buch etwas schmäler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Matthias Fischbach (FDP): Chapeau!)

Aber nicht nur im rechten Bereich muss man natürlich hinschauen. Wir müssen auch auf den linken Bereich schauen. Dort nimmt die Gewaltbereitschaft enorm zu. Letztendlich ist nicht nur der Innenminister die Staatsregierung. Im Rahmen der Präventionsarbeit wird in vielen Ministerien zum Thema gearbeitet.

Ich bitte Sie, sich das eine oder andere Material auch aus dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema anzusehen. Es gibt verschiedene Präventionsmöglichkeiten, die sowohl in Richtung Rechts- als auch in Richtung Linksextremismus Antworten aufzeigen. Aus meiner Sicht gibt es durchaus einen Grund dafür, warum das eine Buch sehr dick ist und das andere meiner Meinung nach auch genügend Zeilen füllt, aber nicht ganz so dick ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Ritter. Bitte schön.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Dremel, meinen ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Wir führen hier keine akademische Debatte. Wir haben es mit einer konkreten politischen Lage zu tun. Unabhängig von der Diskussion über Gewaltbereitschaft und Gewaltpotenzial gibt es auf der einen Seite ein rechtsextremes Lager, das ein Wählerpotenzial von bis zu 20 % erschließen kann. Auf der anderen Seite stehen verhältnismäßig kleine und isolierte linksextreme Gruppen, die keinen Rückhalt in Teilen der Bevölkerung finden können. Finden Sie nicht auch, dass man hier unterschiedliche Antworten braucht und nicht alles in einen Topf werfen kann unter der Überschrift: "Es ist eh alles das Gleiche"? – Man braucht unterschiedliche Strategien, um dagegen vorgehen zu können. Das war der erste Punkt.

Nun komme ich zum zweiten Punkt. Glauben Sie tatsächlich, dass eine Landtagsfraktion der AfD, mit 10 % hier im Haus, wirklich dafür spricht, dass die CSU-Staatsregierung Erfolge im Kampf gegen Rechts erzielt hat in den letzten zehn Jahren?

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank. – Herr Dremel, bitte.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Ritter, die Antwort ist eigentlich bereits geliefert worden. Das Buch über den Rechtsextremismus ist sehr dick, das Buch über den Linksextremismus ist nicht ganz so dick. Daran sieht man, dass unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Aus meiner dreißigjährigen Erfahrung bei der bayerischen Polizei kann ich Ihnen sagen, dass nicht alles gleich behandelt wird, sondern dass je nach Straftat Schwerpunkte gesetzt werden müssen; das ist richtig.

Bei der letzten Sitzung des Innenausschusses habe ich Folgendes beobachtet: Ich kann für die CSU-Landtagsfraktion sagen, dass wir auf beide Seiten schauen. Bei der letzten Sitzung ging es um eine Diskussion über die Letzte Generation. Da wird vonseiten der Roten und der Grünen nicht ganz so genau hingeschaut bzw. vieles relativiert. Ich habe bereits kritisiert, dass Bundesminister Habeck die Polizei als Rollkommando bezeichnet und die Polizeimaßnahmen als überzogen kritisiert hat. Das ist meiner Meinung nach eines Bundesministers nicht würdig.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss leider zu Beginn festhalten, dass diese Debatte schon wieder sehr symptomatisch abläuft. Ich würde mir wünschen, dass wir es einmal schaffen, über die Extremismus-Bekämpfung zu sprechen, ohne ins parlamentarische Klein-Klein abzuweichen.

(Holger Dremel (CSU): Das machen wir im Ausschuss!)

Ich finde, die SPD hat berechtigterweise einen Antrag zu einer Form von Extremismus eingebracht, die aktuell eine sehr große Bedrohung bedeutet. Das zeigt zum Beispiel allein die Zahl der extremistisch motivierten Gewalttaten, wenn man auch die Reichsbürgerszene berücksichtigt. Das könnte man eigentlich erst so stehen lassen und darüber debattieren. Gut, es geht halt um Extremismus-Bekämpfung in diesem Antrag. Das ist auch berechtigt. Es ist aber immer auch eine Frage, wie das Parlament und die Vertreter der Staatsregierung dazu nach außen auftreten.Von daher ist es richtig, über diese Signalwirkung und über den Stellvertretenden Ministerpräsidenten zu sprechen. Ich fand die Rede, die er in Erding gehalten hat, ebenfalls unmöglich. Hier hat ein Stellvertretender Ministerpräsident die Demokratie infrage gestellt und erklärt, wir müssten sie uns wieder zurückholen. Das ist ein fatales Signal.

Ich halte es aber auch für kritisch, dass Sie in der Begründung versuchen, Ministerpräsident Söder selbst wegen Äußerungen zum Veganismus in Mithaftung zu nehmen und zu behaupten, er würde ebenfalls Rechtsextremismus unterstützen. Diese Formulierung geht zu weit. Die Aussagen waren vielleicht überzogen und peinlich, aber sie waren nicht brandgefährlich, wie Sie das in der Begründung formuliert haben.

Zur AfD: Herr Kollege Gotthardt hat dargestellt, mit welchen Personen Sie sich gemeinmachen. Das finde ich schon brandgefährlich. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich von den White-Power-Aktivisten, die hier im Landtag waren, abgegrenzt hätten. Stattdessen kamen von Herrn Kollegen Winhart nur wirre Äußerungen über Herrn Kollegen Körber. Ich habe Herrn Körber schon in vielen Untersuchungsausschüssen gesehen, aber nicht im NSU-Untersuchungsausschuss. Ich weiß nicht, welche Geister Sie gesehen haben. Das war jedenfalls völlig wirr und daneben. Ja, man kann sich zum Linksextremismus äußern. Sie fügen jedoch die Wörter "vor allem" hinzu. Das ist eine etwas seltsame Prioritätensetzung.

Da wir uns nicht auf einen Extremismus beschränken dürfen, müssen wir das ganze Bild in den Blick nehmen. Das versucht die CSU mit ihrem Dringlichkeitsantrag. Ich hätte mir gewünscht, dass darin stärker auf religiösen Extremismus und Antisemitismus eingegangen worden wäre. An dieser Stelle eine Bemerkung zu den FREIEN WÄHLERN: Das Vorbild in Österreich zielt auf einen Antisemitismus mit einer sehr seltsamen Vermengung und mit der Verkürzung auf illegale Migration ab. Dieses Thema muss breiter angegangen werden.

Wir werden den Dringlichkeitsantrag der CSU unterstützen und uns beim Dringlichkeitsantrag der SPD wegen der Untertöne zu den konservativen Kräften enthalten. Dem Dringlichkeitsantrag der AfD können wir natürlich nicht zustimmen. Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER werden wir uns wegen der Begründung der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Fischbach, wir haben eine Meldung zur einer Zwischenbemerkung. Dazu erteile ich Herrn Henkel das Wort.

Uli Henkel (AfD): Herr Fischbach von der FDP, ich würde Sie gerne fragen, ob Sie der Presse entnommen haben, wieso die Anzahl der angeblich Rechtsextremen in Deutschland nun sogar die Anzahl der Linksextremen überstiegen hat. Ist in Ihrer Fraktion, ist in diesem Hause bekannt, dass dies daran liegt, dass erstmals pauschal 35 % aller AfD-Mitglieder diesem rechtsradikalen Spektrum einfach zugeordnet worden sind? Sollte Ihnen das bekannt sein, frage ich Sie: Wie stehen Sie dazu?

Matthias Fischbach (FDP): Herr Henkel, ich stehe zu den Fakten. Sie haben etwas völlig Falsches erzählt. Ich habe die Zahlen des Landesamtes für Verfassungsschutz zu den Extremisten vorliegen. Wir haben 5.360 Reichsbürgerextremisten, 4.200 Islamisten, 3.200 Linksextremisten und 2.590 Rechtsextremisten. Rechnen wir diese mit den Reichsbürgern zusammen, kommen wir auf eine Zahl von rund 8.000. Das sind

mehr als doppelt so viele wie bei den Linksextremisten. Ich weiß nicht, welche Zahlenspiele Sie gemacht haben. Das entspricht aber nicht den Fakten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun darf ich den fraktionslosen Abgeordneten Klingen aufrufen. Bitte, Herr Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren! Aktiv gegen Hass und für ein friedvolles und respektvolles Miteinander – das ist das Ziel des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER, auf den ich näher eingehen will. Wer wollte sich dieser Aussage ernsthaft verschließen; denn Hass und Diffamierungen sind eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie.

Das hat sich gerade in den zurückliegenden Jahren auf erschreckende Weise gezeigt, beispielsweise während der Corona-Pandemie. Dieser Meinung sind nicht nur die seinerzeit von Hass und Ausgrenzung betroffenen Menschen, die für sich selbst die freie und demokratische Entscheidung getroffen hatten, sich nicht impfen zu lassen. Auch ein Leiter eines bayerischen Gesundheitsamtes fand dafür klare Worte: Es wurde – noch nett ausgedrückt – politisch motivierte Polemik betrieben, und es hat, ich zitiere, "ganz klar eine Ausgrenzung von Ungeimpften stattgefunden". Diese Menschen wurden auch von Vertretern aus Politik und Medien als eine asoziale Minderheit oder als "minderbemittelt" dargestellt.

So verstieg sich der ehemalige Bundespräsident und Unterstützer von BÜNDNIS 90 zu der für sein einstiges Amt mehr als unwürdigen Aussage: Impfgegner sind "Beklopppte". – Werte Kollegen, das ist eine Aussage, der eigentlich alle für den Kampf gegen Hass und Hetze einstehenden politischen Mandatsträger sofort entschieden hätten entgegentreten müssen. Noch schlimmer war jedoch eine Aussage im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, im ZDF, durch eine preisgekrönte Kabarettistin. Sie hat völlig pauschaliert alle, die sich noch nicht impfen ließen, als "Blinddarm" bezeichnet,

der, ich zitiere, nicht im strengeren Sinne essenziell für das Überleben des Gesamtkomplexes sei. Dabei bediente sie sich des Sprachgebrauchs einer Partei, die wir in unserer Demokratie schon lange überwunden glaubten, nämlich der nationalsozialistischen Partei.

Leider besteht auch heute noch der Bedarf, sich einer verbalen und tatsächlichen Diffamierung und Ausgrenzung von Menschen entgegenzustellen und dieses Thema noch mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken. Ich stimme daher dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER voll und ganz zu.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Staatssekretär Sandro Kirchner. Bitte schön.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich darauf verzichten, in dieser Debatte eine Stellungnahme abzugeben, weil die Debatte ganz gut gelaufen ist. Herr Kollege Bozoğlu, Sie haben jedoch in Ihrer Rede den Minister angesprochen und einen Eindruck vermittelt, der so nicht stimmt. Ich appelliere deshalb an die demokratischen Parteien, diese Situation nicht zu missbrauchen. Dazu ist sie zu heikel. Es sollten auch keine Nebelkerzen aus einer politischen Motivation heraus gezündet werden, um einen falschen Eindruck zu vermitteln.

Herr Ritter, ich möchte Ihnen an dieser Stelle zurufen, dass die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bereits jetzt die höchste Priorität bei der Bayerischen Staatsregierung genießt. Wenn Sie hier einen anderen Eindruck vermitteln, stimmt das einfach nicht. Wollen Sie die ganze Bandbreite dieses Problems erfassen, dann können Sie sich das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus durchlesen. Dann werden Sie feststellen, dass der Freistaat Bayern, die Bayerische Staatsregierung und die Sicherheitsbehörden auf diese Themen einen sehr starken Fokus richten.

Hätten Sie sich dieses Handlungskonzept angesehen, hätten Sie heute feststellen müssen, dass der Freistaat Bayern klare und bewährte Strukturen aufgebaut hat, um präventive und repressive Maßnahmen durchzuführen. In der Debatte kam es vielleicht missverständlich rüber: Selbstverständlich handelt es sich hier um ein atmendes System. Diese Konzepte werden regelmäßig überarbeitet, weiterentwickelt und der Situation angepasst.

Ich möchte noch einmal den beiden Parteien, die ich gerade genannt habe, sagen: Wir in Bayern setzen auf eine gefestigte Demokratie und werden dafür alles tun. Wir wollen das Werteverständnis in unserer Gesellschaft bilden, damit in unserem Land keine menschenverachtende Einstellung entstehen kann. Der Freistaat Bayern betreibt seit vielen Jahren ressortübergreifend eine umfangreiche Präventionsarbeit. Ich verzichte darauf, Ihnen jetzt alle Maßnahmen aufzuzeigen, die in den verschiedenen Ressorts durchgeführt werden, zum Beispiel in der Schule und in der Öffentlichkeitsarbeit. Der Freistaat Bayern bietet ein Aussteigerprogramm an, um betroffene Menschen wieder in eine andere Richtung zu lenken. Sie haben heute etwas anderes gesagt. Das ist einfach falsch. Ich bitte Sie, kein solch falsches Bild zu zeichnen.

Darüber hinaus fördert der Freistaat Bayern zivilgesellschaftliche Strukturen mit Fördergeld, um staatlich unabhängige Projekte voranzubringen. Auch das sollten Sie sich vor Augen halten. Herr Kollege Dremel hat vorhin richtigerweise festgestellt: Unsere Sicherheitsorgane und unsere Sicherheitsbehörden nehmen diesen Auftrag sehr ernst. Überall dort, wo verfassungsfeindliche Aktivitäten oder Straftaten erfolgen, wird konsequent und mit Nachdruck versucht, diese zu unterbinden. Am Ende des Tages werden diese Straftaten auch verfolgt.

Was uns als Gesellschaft gerade sehr beschäftigt, auch uns Politiker – wir nehmen das ja auch zunehmend wahr –, ist der mit dem Internet einhergehende Hass. Auch da gibt es inzwischen umfangreiche Angebote für Betroffene, Meldeplattformen, um entsprechende Dinge weiterzugeben.

Wir haben mit unseren Bemühungen, mit unseren Strukturen, mit unseren Sicherheitsbehörden festgestellt, dass sich die rechtsextremen Strukturen ganz klar verändert haben. Extremisten nutzen Schwächen in der Gesellschaft, nutzen Krisen, um neue Personenkreise zu erschließen, dort Mitglieder zu gewinnen. Die zurückliegende Zeit hat leider eindrucksvoll aufgezeigt, wo die Anfälligkeiten liegen und was da passiert.

Wir haben vor Kurzem den Verfassungsschutzbericht im Innenausschuss des Bayerischen Landtags vorgestellt. Darin sind alle Bereiche vorgestellt worden, in denen der Verfassungsschutz des Freistaates Bayern aktiv ist. Heute hier zu sagen, da gibt es nichts in Bayern, ist einfach falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (GRÜNE))

Wichtig ist uns, dass wir die Vernetzung dieser Strukturen feststellen und sicherstellen, dass wir in diesem Bereich unterwegs sind, dass wir die Gesellschaft aufklären, um Fehlentwicklungen zu verhindern, dass wir kompromisslos entwaffnen, wo wir Extremisten festgestellt und identifiziert haben, und dass wir uns einig sind, dass Rechtsextremisten nicht Fuß fassen dürfen, vor allem nicht lokal vor Ort.

Insofern, Herr Ritter, sind wir gar nicht so weit auseinander. Dass sich die SPD gegen Rechtsextremismus einsetzt, ist ein ehrenwertes Ziel. Wir unterscheiden uns aber hinsichtlich der Begründung Ihres Antrags, in der Sie Dinge vermischen, die nicht zusammengehören und die sich damit nicht abbilden lassen. Ich möchte noch mal appellieren, die Dinge nicht zu verzerren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wir werden die Anträge dazu wieder trennen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/29509 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, GRÜNE. Wer ist da-

gegen? – FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/29572 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/29573 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Wer ist dagegen? – Herr Swoboda (fraktionslos) ist dagegen. Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/29574 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Herr Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.